

Interview mit Prof. Günther Moewes

„Staatsschulden verstärken die Umverteilung nach oben“

Anstatt Ideen zu entwickeln, wie ein nachhaltiges Finanz- und Wirtschaftssystem aussehen könnte, setzt die Regierung ganz auf Wachstum. Hinter dem verbissenen Festhalten an angeblich Bewährtem stecken nicht nur Einfallslosigkeit und Naivität, sondern auch Interessen. Günther Hartmann befragte dazu Prof. Günther Moewes.

ÖP: Herr Prof. Moewes, die neue Regierung erlässt ein „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“. Was halten Sie davon?

Prof. Günther Moewes: Das ist das Unwort des Jahres. Ein Wortungetüm mit 30 Buchstaben und 17 % Zustimmung. Ausgerechnet in dem Augenblick, als alle Welt von den sog. „Fünf Weisen“ bis hin zu Sarkozy den mathematischen Schwachsinn des Wachstums erstmalig einzusehen beginnt, fängt Schwarz-Gelb richtig damit an. Das ist eine pathologische Lernunfähigkeit. Für die ist Wachstum immer noch Wohlstandsmotor und -indikator. Bei denen schlagen Umweltzerstörung, Rüstung, Kriege, Verbrechen, Abriss, Abwracken, Unfälle, Krankheiten und Beerdigungen positiv zu Buche. Richtiger wäre eine Entschleunigung: Wachstumsentschleunigung, Klimazerstörungsentleunigung, Volksverdümmungsentleunigung. Beschleunigung entsteht immer bergab, Entschleunigung immer bergauf.

Wieso „mathematischer Schwachsinn“?

Das Wachstum ist in Deutschland und in vielen anderen westlichen Industrieländern seit 1950 nur nominal leicht exponentiell gestiegen, real aber immer nur streng linear. Lineares Wachstum ergibt eine ansteigende Gerade und deren Anstieg in Prozent zu messen ist Unsinn. Was messen die also, wenn das reale Wachstum linear ist und nur das nominale leicht exponentiell? Die messen zeitverzögerte Feinschwankungen der Inflation. Und ausgerechnet, wenn die gering ausfallen, fangen sie an zu jammern. Alles also mathematischer Hokuspokus, genau wie der kindliche Glaube, Steuersenkungen erzeugten so viel Wachstum, dass die später zusätzlichen



Günther Moewes

Jahrgang 1935, war über drei Jahrzehnte Professor für Industrialisierung des Bauens an der FH Dortmund. Seine Forschungsarbeiten für eine nachhaltige Architektur und Stadtplanung führten ihn zu einer kritischen Auseinandersetzung mit ökonomischen Prozessen. Neben zahlreichen Artikeln, von denen die meisten auf seiner Website zu finden sind, veröffentlichte er 2004 das Buch „Geld oder Leben“.

Kontakt:

www.guenthermoewes.de

Steuereinnahmen anfängliche Mindereinnahmen wieder wettmachen. In Wirklichkeit vergrößert das nur die Schere zwischen Arm und Reich. Um die Reichen zu entlasten, verschuldet sich der Staat. Das mündet zwangsläufig in einen Zustand der Handlungsunfähigkeit. Wegen seiner Schuldenlast kann der Staat bald seine zentralen Aufgaben nicht mehr richtig erfüllen.

Warum haben dann gerade linke Ökonomen eine Resolution gegen die gesetzliche Schuldenbremse verfasst?

Die sehen vordergründig, dass Staaten nicht pleite gehen können, weil sie – im Gegen-

satz zu Unternehmen – immer Steuereinnahmen haben. Sie übersehen aber den Umverteilungseffekt von Staatsschulden. Die eigentliche Ursache der Ungleichverteilung ist die Tatsache, dass heute die leistungslosen Kapitalrenditen nur noch auf die

Privatkonten der reichsten 10 % der Bevölkerung fließen. Das liegt daran, dass die aufgrund ihrer großen Geldvermögen als Einzige unterm Strich mehr Zinsen und Renditen einnehmen als zahlen. Die übrigen 90 % zahlen dagegen über Preise und Mieten weit mehr Zinsen, als sie für ihre paar Guthaben wieder einnehmen. Denn fast jedes Unternehmen finanziert seine Produkte und Dienstleistungen über Kredite und rechnet die Zinslasten in die Preise ein. Innerhalb der Wertschöpfungskette summiert sich die Zinslast aller beteiligten Unternehmen auf einen Anteil im Preis von bis zu 70 %, den dann schließlich immer die Endverbraucher bezahlen. Auf diese Weise fließt ständig ein Kapitalstrom von den ärmeren 90 % der Bevölkerung und von Staat und Unternehmen zu den reichsten 10 %. Das war nicht immer so. Adenauers erster Finanzminister Schäffer hatte keine Staatsschulden, sondern seinen sog. „Juliusturm“: einen riesigen Staatsfonds. Für den waren die Kapitalrenditen eine Art Steuerersatz. Zwar war auch damals die Ungleichverteilung aus anderen Gründen schon sehr groß, aber die Zinsen gingen nicht nur an die Reichsten, sondern auch an den Staat. Heute ist es umgekehrt: Da leiht sich der Staat sein Geld bei den Reichen und mästet sie auf unsere Kosten.

Kredite an Unternehmen und Privathaushalte gelten aber als „Motor der Wirtschaft“.

Das wird immer wieder be-

hauptet, stimmt aber nicht. Das gewaltige Anwachsen der privaten Geldvermögen zwang die Banken in den Jahren vor der Finanzkrise, mehr Kredite zu vergeben, als die Realwirtschaft brauchte. Die Realwirtschaft benötigte nach verschiedenen Schätzungen nur 6 % bis 20 % des renditesuchenden Kapitals. Die restlichen 80 % bis 94 % wurden zum Zocken verwendet. Man wusste nicht, wohin damit. Da hat man in den USA – auf den gut gemeinten Vorschlag Clintons hin – Millionen Bretterbuden in Hurrikan-, Waldbrand- und Überschwemmungsgebiete gesetzt und der breiten Bevölkerung auf Kredit angedreht. So entstand die Finanzkrise.

Seither gibt es jedoch zu wenig Kredite.

Jetzt ist die Situation ins Gegenteil umgekippt. Die Banken halten ängstlich ihr Geld zusammen, weil niemand genau weiß, wer noch auf wievielen faulen US-Papieren sitzt. Durch die sog. „Bad Banks“ können die Banken nun die verzockten Milliarden dem Staat aufbürden. Und die Zocker-Milliardäre kaufen für ihr Geld nun lieber Unternehmen und Sachwerte, statt es den Banken anzuvertrauen und so mittelständischen Firmen Kredite zu ermöglichen. Das sind aber die Folgen der Finanzkrise und nicht deren Ursache. Die Ursache ist die zunehmende Ungleichverteilung der privaten Geldvermögen. Diese Erkenntnis ist aber tabuisiert. Nach der offiziellen Sprachregelung der Regierung brach die Finanzkrise wie eine Art Naturkatastrophe völlig unvermittelt über uns herein, ausgelöst durch die Gier einiger Finanzmänner.

Wie ungleich sind die Vermögen in Deutschland verteilt?

Darüber erschien Januar 2009 eine sehr gute Studie vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) mit den Zahlen von 2007. Danach gehen drei Viertel aller Vermögenszuwächse auf die Privatkonten der reichsten 10 % und ein Viertel an die restlichen 90 %. Bei der Darstellung im sog. „10-Säulen-Diagramm“ ist zu sehen, dass die ärmsten 10 % im Mittel 16.000 Euro Schulden haben und die reichsten 10 % im Mittel 603.000 Euro sog. „Nettogesamtvermögen“ besitzen. „Nettogesamtvermögen“ heißt: Geldvermögen,

Versicherungen, Bausparverträge, Immobilien, Betriebsvermögen und Beteiligungen z. B. über Aktien, abzüglich Schulden, Hypotheken, Hausrat und private Kraftfahrzeuge.

Was ist an 600.000 Euro beunruhigend oder gar verwerflich?

Nichts. Das ist vollkommen in Ordnung. Die eigentliche Verteilungsdramatik spielt sich im äußersten rechten Teil der Säule ab. Machen wir ein kleines Quiz: Stellen Sie sich bitte vor, Sie bilden das 10-Säulen-Diagramm in einem Maßstab ab, bei dem 2 cm Säulenhöhe einem Vermögen von 100.000 Euro entsprechen. Die 88.000 Euro Durchschnittsvermögen aller Deutschen sind dann 1,76 cm hoch, die 603.000 Euro der reichsten 10% etwas mehr als 12 cm. Ganz rechts außen denken Sie sich die Säule von Karl Albrecht, dem reichsten Mann Deutschlands. Jetzt die Frage: Wie hoch wäre diese Säule?

Keine Ahnung. Einige Meter?

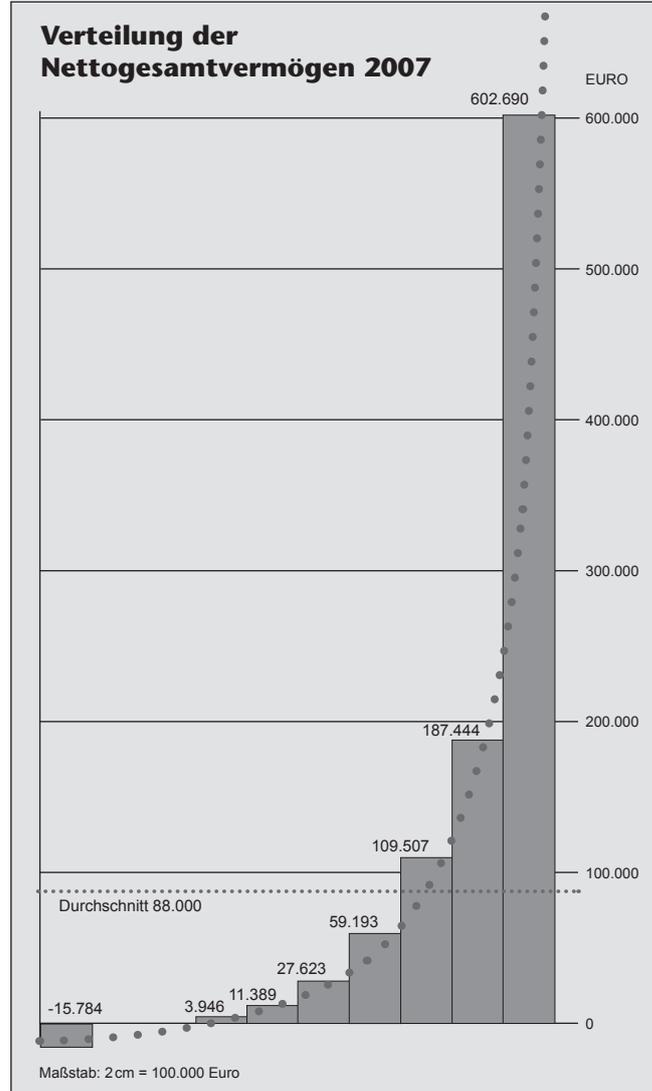
Das sagen die Zuhörer in meinen Vorträgen auch immer. Von wegen! Die Säule wäre 3,47 km hoch. Karl Albrechts Nettogesamtvermögen beträgt 17,35 Mrd. Euro.

Dann verschleiert die 10-Säulen-Darstellung ja die Ungleichverteilung eher.

Ja, die Zahlen stimmen zwar und lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig, aber das 10-Säulen-Diagramm ist tatsächlich eher irreführend. Es tut so, als betrage die Ungleichverteilung 1,76 cm zu 12 cm. Sie beträgt aber 1,76 cm zu 3,47 km. So eine Relation übersteigt die menschliche Vorstellungskraft und lässt sich nicht mehr richtig abbilden. Die 55 reichsten Deutschen besaßen 2007 fast so viel wie der gesamte Bundeshaushalt betrug. Würde man das in einem geeigneten Maßstab darstellen, wäre von 98% der Bevölkerung nichts mehr zu sehen. Und dieses Missverhältnis will Schwarz-Gelb nun offenbar noch weiter treiben.

Die Zahlen des DIW stammen von 2007. Haben nicht gerade die Reichen durch die Finanzkrise viel Vermögen verloren?

Das „Märchen von der Geldverbrennung“. Man multipliziert das Aktienvolumen einmal mit dem vorherigen Höchstkurs und einmal mit dem neuen Tiefstkurs und sagt dann, die Differenz sei



Die Verteilung der Nettogesamtvermögen aller volljährigen Bundesbürger im Jahr 2007, dargestellt als 10-Säulen-Diagramm: Links das ärmste Zehntel, rechts das reichste. Maßstab: 2 cm = 100.000 Euro. Die Säule von Karl Albrecht wäre in diesem Maßstab rund 3,5 km hoch. Die oft zitierte „Sozialpyramide“ ist also in Wirklichkeit eine Platte, aus der einzelne Nadeln aufsteigen.

„verbrannt“. Das ist natürlich Quatsch, denn die Aktien hätten ja niemals alle zum vorherigen Höchstkurs verkauft werden können. Sobald mehr Aktien angeboten als nachgefragt werden, sinkt ihr Kurs. Das Geld ist bei der Finanzkrise nicht „verbrannt“, sondern noch da. Es hat nur den Besitzer gewechselt. Wer wertlose Papiere rechtzeitig verkaufte, ist Gewinner. Wer sie kaufte und dann darauf sitzen blieb, ist Verlierer. Unsere Steuermilliarden, die man den Banken hinterherwirft, ersetzen das, was die Gewinner auf die Seite gebracht haben. Die dürfen ihr Geld behalten, die privaten Verlierer sind es los, aber die Verlierer unter den zockenden Banken lassen es sich über den Staat von

der breiten Bevölkerung wiedergeben. Effektiver kann eine Umverteilung von unten zu oben kaum stattfinden.

Nach der neoliberalen Theorie würde eine Rückverteilung von oben nach unten Wirtschaftswachstum und damit Wohlstand verhindern.

Das haben unzählige Studien längst widerlegt. In den 1960er-Jahren, als wir noch eine sozialere Marktwirtschaft hatten als heute, war das Wachstum deutlich höher als heute. Je mehr Geldvermögen sich bei den Super-Reichen anhäuft, desto schlechter geht es der Wirtschaft. Denn wie schon gesagt: Das meiste Geld wird spekulativ angelegt. Und dieses Geld fehlt der Wirtschaft, um notwendige Investitionen zu tätigen. Es

fehlt der Bevölkerung, um die von der Wirtschaft angebotenen Produkte und Dienstleistungen zu kaufen. Und es fehlt dem Staat, um für ein zukunftsfähiges und gerechtes Bildungssystem, Gesundheitssystem und Sozialsystem zu sorgen.

Wo führt diese Entwicklung hin?

1984 betrug der Anteil der reichsten 10% der Bevölkerung am Nettogesamtvermögen noch 39%, 2007 schon 61%. Prolongiert man diese Entwicklung, erreicht er 2030 die vollen 100%. Mehr geht nicht. Heute haben laut DIW 50% der Deutschen null Vermögen oder gar Schulden, 2030 wären das dann 90%.

Wieso wählt dann aber die Bevölkerungsmehrheit die für diese Entwicklung verantwortlichen Parteien?

Die Bevölkerung hat die tatsächlichen Ursachen noch überhaupt nicht erkannt und gibt den Falschen die Schuld an der Wirtschaftskrise. Nach einer Studie des Bielefelder Soziologen Prof. Heitmeyer glauben 89%, die Schuld liege bei den Banken. Und 52% glauben sogar, sie liege bei den sozial Schwachen. Dabei ist es genau umgekehrt: Die Ursache liegt bei der Überausweitung der privaten Großvermögen – und bei der Politik, die das zugelassen hat.

Wie können wir die zunehmende Ungleichverteilung der Vermögen stoppen?

Um die Zunahme der Ungleichverteilung zu stoppen, müssten wir sowohl die jährlichen Vermögenszuwächse der reichsten 10% der Bevölkerung – das waren jahrzehntelang im Durchschnitt 7,47% – als auch die jährlichen Vermögensverluste der ärmsten 90% durch eine entsprechende Besteuerung ausgleichen. Das hat noch nichts mit Enteignung zu tun. Es verringert nicht die Vermögen, sondern nur deren Anwachsen. Wenn man sich die Zahlen ansieht, wird klar, dass die im Wahlkampf gemachten Vorschläge das Anwachsen allenfalls geringfügig bremsen, aber nicht stoppen würden. Und Schwarz-Gelb macht ja nun genau das Gegenteil davon: Es erlässt ein „Superreichtumsbeschleunigungsgesetz“.

Herr Prof. Moewes, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.

Quelle: www.diw.de -> Publikationen -> Wochenbericht 4/2009